

April 1918  
187 097 998 0985  
20808 809 23582  
2211 321 329 330  
1962 1209 678  
049 050 079.  
Regulierungs-  
briefe.  
am 1. April 1914.  
850 854 1500.  
34 35 43 127 100  
493 494 524 562  
170 610 623 642  
466 467 488 503  
295 819 320 348  
37 768 964 10051  
658 683 705 740  
505 924 925 970  
6 859 919 15170  
577 807 609 684  
215 216 217 218  
016 137 186 191

# Wossische



# Zeitung

Königlich privilegierte Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen.

In Verlage Vossischer Erben. Verantwortl. Redakteur (mit Ausnahme des Handelsstells): H. Bachmann in Berlin. Haupt-Geschäftsstelle Breite Str. 8/9, Berlin C. Telephone: (Zentrale im Hause) Amt Zentrum 5689, 8690, 8691, 8692 für Ferngespräche Amt Zentrum 10 640, 10 641.

## Die Niederlage der russischen Regierung im Reichsrat.

Von unserem ständigen Korrespondenten.  
**Petersburg, im Dezember.**  
Der Reichsrat besprach dieser Tage die Vorlage über die Einführung der Selbstverwaltung in den Städten Russisch-Polens. Diese Vorlage ist nicht neu. Sie wurde bereits von der dritten Duma angenommen, blieb aber, wie so viele andere, im Reichsrat liegen. Da der Reichsrat die Diskontinuität der Sitzungsperioden der Reichsduma jetzt nicht mehr anerkennt — in früheren Jahren erkannte er sie an —, so ließ er den von ihm angenommenen Entwurf der polnischen Städteordnung der vierten Duma zuwenden. Diese wollte den Grundbesitz der Diskontinuität nicht fallen lassen, fand aber einen Ausweg, indem sie die vom Reichsrat angenommene Vorlage als einer von ihm ausgehenden Initiativantrag behandelte. Sie nahm also an ihm die Veränderungen vor, die für sie notwendig hielt, und in dieser Gestalt ging der Gegenentwurf in den Reichsrat zurück. Er enthielt unter anderem die Bestimmung, daß in den künftigen Stadtverordnetenversammlungen der polnischen Städte neben der russischen auch die polnische Sprache zugelassen werden soll, unter der ausländischen Bedingung allerdings, daß jede polnische Rede vom Vorstehenden ins Russische übersetzt werden soll. Für diese Forderung trat im Reichsrat auch die Regierung ein. Allerdings nicht im vollen Besitze. Die Minister der Justiz, des Ackerbaus, des Verkehrs waren nicht erschienen, wie man ersah, weil sie für diese Bestimmung nicht einverstanden sind. Dafür ergiff zur Verteidigung der in Rede stehenden Bestimmung der Ministerpräsident Kowtowow selbst das Wort. Er wollte offenbar die nationalitätlichen Gefühle der Reichsratsmehrheit nicht reizen und gab deutlich zu verstehen, daß die Bestimmung nur eine Übergangsmäßigkeit darstelle, die angeht die geringere Bevölkerung der russischen Sprache in Polen unbedingt notwendig sei.

Aber diese Begründung fand im Reichsrat wenig Anklang. Die Vorführer der Mehrheit traten gegen die Regierung auf und schlugen in ihren Reden einen Ton an. Der sonst im Reichsrat niemals zu vernehmen war. Der im bürokratischen Dienst ergraut, höchst opportunistische Ständeheld, der noch vor wenigen Tagen in einer Reichsratskommission die Vertagung einer wichtigen Vorlage nur aus dem Grunde beantragte, weil er Bedenken trug, ob diese Vorlage das Ministerium des Innern in seinen Arbeitsspielen nicht stören würde, wurde auf einmal zu einem heftigen Gegner der Regierung, erklärte die Bestimmung über die polnische Sprache für unannehmbar und warf der Reichsduma — und damit auch der Regierung — vor, daß sie die nationalitätliche Forderung vor dem Ansturm der polnischen Reaktion und der Rufen einsehe. Wie wenig berechtigt dieser Vorwurf im Grunde ist, kann man schon daraus erkennen, daß die betreffende Bestimmung in der Duma einstimmig angenommen wurde und daß infolgedessen weder die Rufe noch die Polen Anlaß oder auch nur Gelegenheit hatten, irgend einen Grund auf den „Fussfall der Bestimmung auszuweisen. Auch jetzt, nach der Reichsratsdebatte, suchten selbst die Nationalisten der Reichsduma die Mängel über die Geltung der ihnen nahe liegenden Reichsratsgruppe, deren Sprachrohr Ständeheld war. Nach härtester Kampf bei dem das Recht des Russen im Reichsrat die Sprache der Mehrheit behauptete, der wohlgeachtete Herr Gurto, ehemaliger Gehilfe des Ministers des Innern, Herr Gurto erklärte, die Haltung der Regierung sei entweder

launisch oder herausfordernd. Der Reichsratspräsident Alimow übertrug diesen Anfall und rief den Redner erst gemeinsame Zeit nachher zur Debatte, hielt es aber für notwendig, eigens zu bemerken, daß heranziehende Aussprüche von der Reichsratsseite aus bis dahin noch nicht gebraucht worden seien.

Im großen und ganzen erinnerte die Reichsratsdebatte ziemlich stark an die berühmte Sitzung, in der der Reichsrat sich gegen die Stolypinsche Vorlage über den das Votumum beeinträchtigenden Wahlmodus für die in den Wessgouvernements einzuführenden Simulwos. Der Unterschied ist nur der, daß der damals polenfeindlich gestimmte Reichsrat diesmal polenfeindlich ist. Die diesmalige Abstimmung im Reichsrat ergab 94 gegen und 74 für die Bestimmung über die Zulassung der polnischen Sprache.

Es ist vielleicht noch unverständlich, wie Stolypin damals auf die unfreundliche Haltung des Reichsrats reagierte. Er reichte sofort seine Entlassung ein und verlangte vom Kaiser als Bedingung für die Zurückziehung des Entlassungsgesuches die Aufhebung des Führers der Reichsratsrechten Durnowo, dem er die Schuld an der Ablehnung der Vorlage zuschrieb. Durnowo erhielt denn auch Urlaub, von dem er erst nach Monaten zurückkehrte. Die Vorlage selbst wurde auf Grund des Votumum eingetragenen vom Gesetz gemacht, zu welchem Zweck die Lage des Reichsrats und der Reichsduma durch einen besonderen Jarenelatz für drei Tage unterbrochen worden war. Die Situation ist jetzt der damaligen ziemlich ähnlich. Auch Kowtowow hat die Duma auf seiner Seite, und zwar die Rufe und nicht nur eine bestehende Mehrheit, und zwar die Stolypin. Es ist aber natürlich nicht zu erwarten, daß Kowtowow ebenso handeln wird wie sein Vorgänger. Er ist eben anders gerichtet und hat keine Neigung zur Zustimmung politischer Gegenätze und zur Beweiskämpfung dramatischer Auftritte. Was er unternehmen wird, ist noch unbekannt. Die Vorgänge im Reichsrat haben jedenfalls seine obenhin schwierige Stellung noch mehr erwidert und die unklaren innerpolitischen Zustände noch mehr verwickelt.

Bemerkenswert ist, daß man ziemlich allgemein den Widerstand der Reichsratsmehrheit gegen die Zulassung der polnischen Sprache in den Stadtverordnetenversammlungen des Jahres 1913 nicht auf ihre nationalitätliche Gesinnung zurückführt, sondern darauf, daß die Ansicht Kowtowows in maßgebenden Kreisen nicht geteilt wird, und daß diese nicht nur gegen die Zulassung der polnischen Sprache, sondern überhaupt gegen die ganze Vorlage sind.

## Wer kauft den „Rio de Janeiro“?

Von dem für Rechnung Brasiliens in England hergestellten Lieberbrechtsdoughts „Rio de Janeiro“ ließ es unlängst, daß Italien ihn übernommen habe, nachdem andere Staaten, darunter England, Griechenland und die Türkei, das Angebot abgelehnt hätten. Die Nachricht, daß das Schiff in italienische Hände übergehe, wurde in Frankreich unfreundlich aufgenommen. Französische Kreise stellen an die englische Regierung die unwillkürliche Frage, ob sie seine Handhabung, im Hinblick auf die Kräfteverhältnisse im Mittelmeer, den Verkauf an Italien zu verhindern. Heute wird behauptet, daß die Flotte der „Rio de Janeiro“ zu erwerben beabsichtigt, was vermuthlich mit der Übernahme des Oberbefehls über die türkische Flotte durch einen englischen Admiral und mit marinetechnischen Abmachungen zusammenhängt, die England mit der Türkei getroffen hat. Der Drahtbericht darüber besagt: London, 20. Dezember. (Eigener Drahtbericht unseres Korrespondenten.) Wie dem „Daily Telegraph“ aus Konstantinopel berichtet wird, heißt es dort an gut unterrichteter Stelle, daß die Flotte den türkischen Vorkapitän

London beauftragt habe, Verhandlungen über den Ankauf des brasilianischen Lieberbrechtsdoughts „Rio de Janeiro“ einzuleiten, und daß die französische Fernverkehrsgesellschaft, die telegraphisch eine Million türkische Pfund nach London zu überweisen für den Fall, daß die Verhandlungen der türkischen Regierung mit der Schiffbaufirma Armstrong zu einem beschleunigten Ende führen. Der „Rio de Janeiro“, der in Genua gebaut wurde, hat eine Verdrängung von 27.500 Tonnen und ist mit 14 Geschütz, und 20 Geschützgeschützen armiert. Er wird im kommenden Jahre abnahmefertig sein. Berichtigend waren Gerüchte über den Ankauf des Schiffes sowohl durch Italien als auch durch die Türkei in Umlauf, namentlich als der Kommandant des türkischen Kreuzers „Hamidje“ im vergangenen Herbst sich zu einem kurzen Besuch nach London begab.

## Frankreich und der Orient.

Paris, 20. Dezember. (Eigener Drahtbericht unseres Korrespondenten.) Nach reiflicher Überlegung ließ Ministerpräsident Herr Doumergue dem Kamerunvertrage für auswärtige Angelegenheiten, dem er bereits sein Erscheinen für nächsten Montag verprochen hatte, wissen, daß er nicht werden können, da er nicht in der Lage sei, der Wille von Januar die Fragen über die auswärtigen Angelegenheiten zu beantworten, die man im Ausschuss an ihn zu richten gedachte.

Im Ausschuss war man über diesen Beschluß gestern sehr missvergnügt, und mehrere Mitglieder, darunter der Baron Deans Cochin, gaben nicht nur ihrem Befremden über die Haltung des Ministerpräsidenten Ausdruck, sondern erklärten auch, sie würden darauf bestehen, daß der Minister ihnen über den derzeitigen Stand der orientalischen Angelegenheiten unter demselben Aufschluss erlaube.

Herr Lequere entwickelte vor dem Ausschuss seine Ansichten über die gegenwärtige Lage und die Interessen Frankreichs im nahen Morgenlande. Die Balkanfrage, führte er ungefähr aus, haben in Europa keine einzige der schwerwiegendsten Fragen gelöst. Der Dreieck hat sich die Unentschiedenheit und Fehler des dreifachen Einverständnisses zu nütze gemacht, um aus den Ereignissen Vorteil zu ziehen, die zuerst sein Ansehen schmerzlich geschädigt hatten. Das Gleichgewicht im Mittelöstlichen Meer ist gestört, Konstantinopel und die Meerengen sind in den Händen Deutschlands, Frankreichs wichtige Interessen in Kleinasien sind von der französischen Diplomatie vernachlässigt worden. Es wäre ein nicht wieder gut zu machender Fehler, von dem Schurz der Katholiken den Vorwühlern zu überlassen. Im Frankreichs Stellung insbesondere in Syrien zu beschließen, genüge es nicht, Schulen und Wohltätigkeitsanstalten einzurichten. Man müsse auch Banken gründen, öffentliche Arbeiten ausführen und die wirtschaftlichen Interessen sowohl der Katholiken als auch der moslemischen Rundschau Frankreichs fördern. Frankreich müsse unter den gegenwärtigen Verhältnissen von seiner Diplomatie Entschlossenheit und Zäugigkeit fordern.

## Ein griechisches Modellkorps unter französischem Kommando.

Athen, 20. Dezember. Wie die „Ag. Athènes“ meldet, wird durch einen heute veröffentlichten Erlass des Königs ein eigenes Armeekorps von Attika geschaffen, das dem französischen General Gembour unterstellt wird und als Modellkorps für die anderen Armeekorps dienen soll.

## Rund um die Mona Lisa.

(Von unserem ständigen Korrespondenten.) Paris, 18. Dezember.  
Das Mona-Sija-Donna hat sich zum Aufstiege gewendet. Um so besser. Denn ist ja auch für einige Zeit in Paris und man wird, ohne ein Barbar zu sein und sich gegen den Progressus des Weltgeschehens zu verstellen, lachen oder doch lächeln dürfen. Den schonhaftesten Einfall liefert die Pariser Polizei. Sie hielt großartig da. Welchen Erfolg hat sie nach dem Verschwinden des unsichtbaren Bildes erlitten! Mit wohl durchdringendem Scharfsinn hat sie alle Möglichkeiten — der gesunde Menschenverstand dachte allerdings oft genug: Unmöglichkeit — ins Auge gefasst, bis zum Verwirren verfolgt, als irreführend nachgewiesen! Mit welcher Strenge hat sie den Mann jeder einzelnen Person nachgegangen, die an dem Tage des Raubes im Louvre verkehrte! Und die Annahmen und Erklärungsversuche, die sie in der Tagespresse brachte! Die wunderbaren Geschichten von dem Anschlag eines Milliardärs, der sich des Wertes bewußt hätte, von dem Zerstückeln eines Mannes, der sich dem Raub anwandte, von dem Menschenhaß vernichtet haben dürfte, von dem ernstlichen Wahnwitz eines Schwärmers, der sich in die Mona Sija verliebt und sie gerannt habe, um ihres göttlichen Lächelns für sich allein zu genießen! Diese Erfindungen sprachen für eine derartig selbst und blühende Einbildungskraft, daß man zur Anerkennung gezwungen war, die Pariser Polizei könne eine ganze Reihe fruchtbarer Dispositionen in ihren Reihen, und nun kommt dieser unglückselige Beruglia (so, und nicht Beruggia, wie italienische Reporter ihn durchaus schreiben wollen, heißt er nämlich wirklich) und erzählt den Vorgang ganz schlicht und einfach, ohne die Bewunderung, ohne Romantik, ohne die schwindelnde Verwirrung von die Gerber-Raffinieren. Er kam, sah, sah, ging, ohne von irgend jemand beobachtet, gefolgt, angehalten zu werden. Die Pariser Polizei ist von dem Bekanntwerden des Diebstahls tief verärgert. Sie versucht noch zu blaffen. Sie erklärt, Beruggia sei zu hochbein; er verleihere sich abhandeln; die Sache sei nicht so einfach noch so leicht gemacht, wie er glauben machen wollte; er habe einen von langer Hand vorbereiteten kunstvollen Anschlag ausgeführt;

er habe Spiegelglas und Heferscheffel gehabt. Kurz, sie gibt sich die größte Mühe, das Durchsichtige zu trüben, das Einfache zu verwickeln und die banale Logik der Dinge zu einem abgründigen Polyzirkel und Gammelroman aufzuklämmen. Sie wird aber mit diesen Verwirrungsversuchen nicht mehr Glück haben als 1911. Der Fall liegt zu großartig, um verdunkelt werden zu können. Jetzt stellt sich gegenwärtig aus heraus, wie leichtsinnig und schleudert die Polizei 1911 gerichtet hat. Sie verbietet alle Arbeiter, die am 23. August 1911 in Louvre zu tun gehabt hatten; Perugia vor unter ihnen; er leistete der Vorladung keine Folge, so ohne Zweifel die Polizei nicht weiter um ihn. Er hatte auf dem Deckglas des Bildes seinen Fingerabdruck gelassen, als er das Bild aus seinem Rahmen nahm. Die Polizei sah den Abdruck und verlangte von Beruggia, dem Vorfeser ihres Identifikationsdienstes, seine Prüfung. Beruggia befand in seiner Sammlung einen Fingerabdruck Beruggias, der vorbestraft war und von dem eine anthropometrische Personalarbeit in Verfilms Archiv lag. Aber Beruggia fand sie nicht und konnte nicht sagen, von wem der Fingerabdruck auf dem Glase herrührte. Jetzt redet er sich damit aus, daß auf dem Glase der linke Daumen seine Spur zurückgelassen habe, auf der Personalarbeit Beruggias aber die rechte Daumenhand abgedruckt sei. Außerdem sei es unmöglich, so ohne weiteres unter 750.000 Fingerabdrücken, die sich im Archiv befänden, den richtigen herauszufinden. Das mag stimmen. Aber wenn man die Abdrücke nicht finden kann, so ist man fertig bedarrt, wozu sie dann erst sammeln und aufbewahren! Der Polizeipräsident Herr Genouin schämt sich weidlich der Feststellung, die bei dieser Gelegenheit gemacht wurden, und er kündigt an, er werde gründliche Veränderungen im Ordnungsdienst vornehmen. Wahrscheinlich wird es indes bei dieser Artinbildung bleiben. Alle Beruggia Mütter haben die Mittelstufe gerührt, mit der die italienische Regierung sich sofort bereit erklärt hat, Frankreich das gefohlene Kleinod wiederzugeben. Graf Gengen hält in den „Debats“ dem barbarischen Deutschland dieses schöne Beispiel eines hochgeleiteten Landes zur Nachahmung vor. Deutschlands Sünde ist aber diese: ein Arbeiter, den Dr. Salome hat seinen Aufzeichnungen in Konzel, Doregane, beschaffte, brachte ein der wunderbaren Photographie mit Stempelmeisterhandarbeiten beiseite, die jene quaternäre Fundstelle wiederhergestellt gemacht haben, und verwarf sie Professor

Bernhart-Bonn, der eben als Gast des Dr. Salome im Vegetarier weite und den Ausgrabungen bediente. Prof. Bernhart trat es Prof. Schuchardt für das Berliner ethnographische Museum ab, wo das Bild sich gegenwärtig befindet und zwar im Rabinet des Direktors, nicht in den öffentlichen Sälen. Dr. Salome erweiterte eine staatsgerichtliche Beurteilung seines angezogenen Arbeiters wegen Vertrauensmißbrauchs und verlangte auf Grund dieses Urteils von Prof. Karl Schuchardt die Rückzahlung des gefohlenen vorgezeichneten Aufwandes, dieser verzweigte sich jedoch mit der Begründung, daß das deutsche Gesetz nur zur Herausgabe von gestohlenen Gütern verhält, der Arbeiter aber nicht wegen Diebstahls, sondern wegen Vertrauensmißbrauchs verurteilt worden sei; er dot aber Dr. Salome eine Entschädigung an: nach seiner Wahl entweder einen Orden oder einen Gegenstand aus den Sammlungen des Museums. Dr. Salome wies diesen Anbahn zurück. Soweit die Darstellung des Grafen Gengen. Vielleicht haben die polnischen Stellen in Berlin sich veranlaßt, seinen Angaben näherzutreten.

## Florentiner Futuristen-Kämpfe.

Von Dr. Otto Selmu Joppen. Florenz, im Dezember.  
Das Florentiner Kunst- und Theaterpublikum ist in seiner Gesamtheit von Herren und Damen, Adligen und Plebejern mit Recht als das unangenehmste und doch wieder als das kritischste von ganz Italien bekannt und gefürchtet. Davon hat die futuristische Bewegung von Pinel- und Federstücken, die zugleich Politiker und reformerische Gesellschaftler sind, in allen möglichen Ständen des Auslandes und Italiens ihre Wadenhaken verurteilt, die sie rufen im größten Theater der Stadt einen Propaganda-Bild vor gegen die Anwesenden der entwirrteten Besucher, heftigst redend, verteidigt hatten. Und da ihr Ansehen in politisch-italienischer oder deutsch-italienischer und selbst aufgeblosener genannt wird, in manchen Dingen jedoch wohl berechtigter Angriffe gegen alle und jeden, hauptsächlich gegen die aufstrebende